

Gartner, Hermann et al.

Research Report

IAB-Prognose 2022: Konjunkturaufschwung ausgebremst

IAB-Kurzbericht, No. 7/2022

Provided in Cooperation with:

Institute for Employment Research (IAB)

Suggested Citation: Gartner, Hermann et al. (2022) : IAB-Prognose 2022: Konjunkturaufschwung ausgebremst, IAB-Kurzbericht, No. 7/2022, Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB), Nürnberg,
<https://doi.org/10.48720/IAB.KB.2207>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/251971>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

IAB-KURZBERICHT

Aktuelle Analysen aus dem Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung

7|2022

In aller Kürze

- Der erwartete Konjunkturaufschwung für dieses Jahr wird durch den Angriff Russlands auf die Ukraine deutlich ausgebremst. Insgesamt erwarten wir für 2022 ein Wachstum von 1,5 Prozent unter der Annahme, dass der Ukraine-Krieg zu keiner noch umfassenderen Eskalation führt, aber auch nicht schnell beendet sein wird.
- Die wirtschaftlichen Rückschläge belasten auch den Arbeitsmarkt, aber insgesamt dürfte es weiter aufwärts gehen. Für den Jahresdurchschnitt 2022 gehen wir – auch aufgrund der sehr günstigen Ausgangsposition zu Jahresanfang – von einer Zunahme der Erwerbstätigkeit um 510.000 Personen aus.
- Die Arbeitslosigkeit liegt im Jahresdurchschnitt 2022 um 350.000 Personen unter dem Vorjahr.
- Die meisten zusätzlichen Stellen wird es im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit und im von der Pandemie besonders betroffenen Bereich Handel, Verkehr, Gastgewerbe geben.
- Das Erwerbspersonenpotenzial dürfte 2022 um rund 150.000 Personen wachsen. Im Falle einer längeren Bleibedauer der Geflüchteten aus der Ukraine ergäben sich erhöhende Effekte auf Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit.
- Der Stand vor der Pandemie wird bei den Arbeitsstunden nicht erreicht. Die Arbeitszeit wird 2022 nur um 0,3 Prozent steigen.

IAB-Prognose 2022

Konjunkturaufschwung ausgebremst

von Hermann Gartner, Timon Hellwagner, Markus Hummel, Christian Hutter, Susanne Wanger, Enzo Weber und Gerd Zika

Die Arbeitsmarktentwicklung blieb auch nach dem zweiten Corona-Winter vergleichsweise robust. Die Einschätzung zur weiteren wirtschaftlichen Entwicklung steht im Zeichen des Angriffs Russlands auf die Ukraine. Der erwartete Aufschwung wird deutlich gebremst. Der Kurzbericht gibt einen Ausblick auf das Arbeitsmarktgeschehen im Jahr 2022 unter der Annahme, dass der Ukraine-Krieg zu keiner noch umfassenderen Eskalation führt, aber auch nicht schnell beendet sein wird.

Abgeschwächte Erholung unter unsicheren Bedingungen

Die Erholung der Weltwirtschaft wurde 2021 durch Lieferengpässe und zum Jahresende durch den neuerlichen Anstieg der Corona-Inzidenzen gebremst. Daneben trübten Inflationsrisiken die Entwicklung ein. Entsprechend sank das Bruttoinlandsprodukt (BIP) im Schlussquartal 2021 preis-, saison- und kalenderbereinigt

um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorquartal. Die Rücknahme von coronabedingten Einschränkungen in den meisten Volkswirtschaften verbesserte zu Jahresbeginn 2022 die Stimmung und deutete auf eine kräftige Erholung hin. Der Angriff Russlands auf die Ukraine gefährdet nun aber die weitere wirtschaftliche Entwicklung.¹ Der Welthandel ist Ende Februar bereits deutlich zurückgegangen.

Der deutsche Außenhandel hatte noch im letzten Quartal 2021 kräftig zugenommen. Die Sanktionen gegen Russland und ausfallende Importe belasten nun auch den deutschen Außenhandel. Der direkte Effekt des Rückgangs der Exporte nach Russland bleibt zwar relativ begrenzt. Von den deutschen Exporten im Jahr 2021 entfielen nur 1,9 Prozent auf die Russische Föderation. Die fehlende Nachfrage aus Russland kann zum Teil zumindest in Betrieben mit vollen Auftragsbüchern

¹ Erste Einschätzungen zur Auswirkung des Angriffs Russlands auf die Ukraine finden sich in Gartner/Weber (2022) und Wolter et al. (2022).

durch Absatzmärkte anderswo ersetzt werden. Die Abkühlung der Weltwirtschaft und des Welthandels verstärkt jedoch den direkten Effekt auf die Exporte. Außerdem besteht das Risiko, dass sich Engpässe durch Störungen der Energieversorgung sowie der Lieferketten im internationalen Handel weiter verschärfen, wodurch es in betroffenen Betrieben zeitweise zu deutlichen Produktionsausfällen kommen kann. Bezogen auf Russland und die Ukraine betrifft das neben Energieträgern einige Zwischenprodukte und Rohstoffe.

Das Wachstum der Investitionen wurde im vergangenen Jahr insbesondere durch coronabedingte Lieferengpässe gebremst, die sich nur langsam auflösen. Im vierten Quartal 2021 haben die Investitionen dennoch um 0,5 Prozent zugenommen. Erneute Materialengpässe, Verteuerungen von Energie und Rohstoffen und die Unsicherheit über die weitere Entwicklung in der Ukraine können die Investitionsdynamik belasten. Bei einer nun wohl schnelleren Umstellung auf regenerative Energien kann es hingegen, soweit Materialengpässe hier nicht bremsen, zu zusätzlichen Investitionen kommen.

Die Konsumnachfrage wurde durch die Corona-Regeln deutlich gedämpft. Im vierten Quartal 2021 sank der private Konsum um 1,8 Prozent. Die Konsumausgaben des Staates haben die Nachfrage dagegen stabilisiert. Sie nahmen im Schlussquartal um 1,0 Prozent gegenüber dem Vorquartal zu. Im Gastgewerbe und im Handel machen sich nun die Lockerungen der coronabedingten Einschränkungen bemerkbar, aber die hohe Inflation hemmt die Konsumnachfrage. Die kräftig steigenden Energiepreise im Zuge verhängter Sanktionen schwächen die Kaufkraft weiter, auch wenn sich die Ölmärkte derzeit wieder entspannen. Vonseiten des Staates gibt es positive Nachfrageimpulse durch die geplante Neuverschuldung zur Finanzierung der Sonderfonds für Klimaschutz und für Verteidigung und möglicher weiterer notwendig werdender Ausgaben.

Derzeit breitet sich die Virusuntervariante von Omikron (BA.2) aus, das heißt, die Pandemie beeinflusst weiterhin die wirtschaftlichen Aktivitäten. Es wird zwar erwartet, dass das Infektionsgeschehen im Laufe des zweiten Quartals wieder abnehmen wird sowie die damit verbundenen Arbeitsausfälle. Doch spätestens ab Herbst ist mit einer neuen Corona-Welle zu rechnen. Deren Auswirkung hängt

unter anderem von der dann erreichten Immunisierungsquote und der Gefährlichkeit der dann zirkulierenden Covid-19 Varianten ab. Es kann Auflagen geben, wie eine erneute Testpflicht oder eine neuerliche Einschränkung von Großveranstaltungen.

Während die wirtschaftlichen Aussichten zu Jahresbeginn optimistisch waren, ist infolge des Ukraine-Kriegs eine Verschlechterung der globalen Konjunktur zu erwarten. Die Exporte schwächen sich deutlich ab und das Wachstum der Industrieproduktion reduziert sich. Eine Rezession im Gesamtjahr dürfte dabei aber ausbleiben. Nach und nach werden sich die Wirtschaftakteure durch Änderungen von Lieferbeziehungen und Produktionsprozessen an die geänderten Rahmenbedingungen anpassen. Der private Konsum wird durch Nachholeffekte gestützt, auch wenn hier Preiserhöhungen dämpfend wirken. Unter diesen Voraussetzungen erwarten wir für das Jahr 2022 einen Anstieg des realen BIP von 1,5 Prozent (Prognoseintervall $\pm 0,9$ Prozentpunkte). Der Kalendereffekt beträgt dabei $-0,09$ Prozentpunkte. Die Entwicklung seit 2015 und die Prognosewerte sind in Abbildung A1 (Seite 3) dargestellt und werden in Tabelle T1 (Seite 4) zusammengefasst.

Die Prognose basiert auf der Annahme, dass der Ukraine-Krieg zu keiner noch umfassenderen Eskalation führt, aber auch nicht schnell beendet sein wird. Erhebliche Abwärtsrisiken für Konjunktur und Arbeitsmarkt bestehen, falls der Konflikt geopolitisch noch weiter eskaliert, die Sanktionen zu Zahlungsausfällen im Bankensektor führen oder es zu einem Stopp von Öl- oder Gasimporten aus Russland kommt. Eine positivere Entwicklung würde eintreten, wenn es rasch zu einem stabilen Waffenstillstand käme. Weitere Risiken gehen von der Pandemie aus, etwa wenn eine gefährlichere Virusvariante weitergehende Einschränkungen erfordert. Bei einem guten Verlauf wären aber auch noch stärkere Erholungseffekte denkbar.

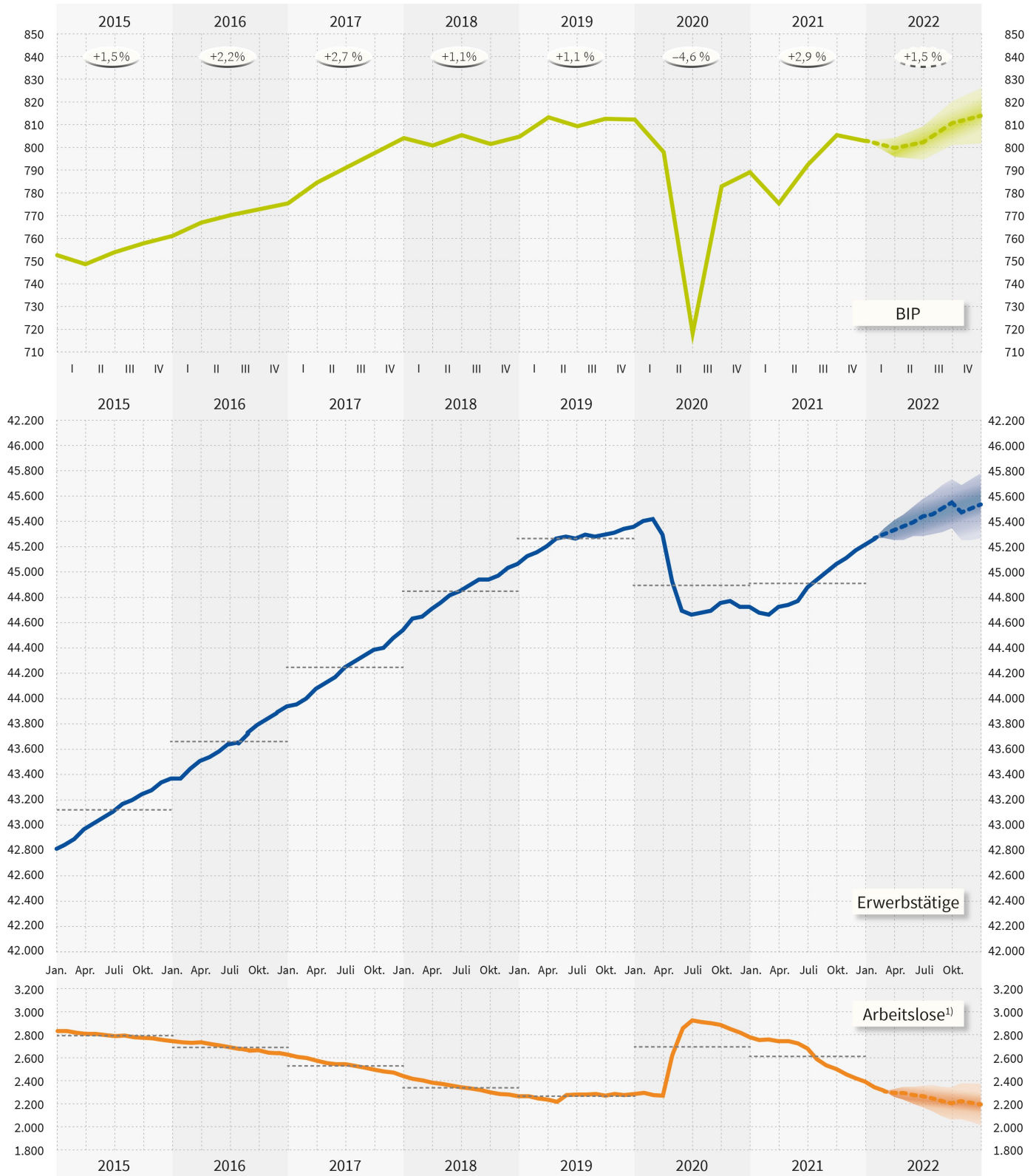
Beschäftigung steigt trotz Schwierigkeiten

Der plötzliche und gravierende Einbruch der Wirtschaftsleistung in der Corona-Krise setzte den Arbeitsmarkt massiv unter Druck. Dennoch blieben die Entlassungszahlen vergleichsweise begrenzt, die Beschäftigung stabilisierte sich schnell. Wich-

Entwicklungstendenzen von Bruttoinlandsprodukt (BIP) und Arbeitsmarkt in Deutschland 2015 bis 2022

BIP in Mrd. Euro (preis-, saison- und kalenderbereinigte Quartalswerte)
Erwerbstätige und Arbeitslose in 1.000 (saisonbereinigte Monatswerte)

BIP Erwerbstätige Arbeitslose
Ist-Entwicklung Modellprognose Prognoseintervall
Jahresdurchschnitte
+ / - % Veränderung der Ursprungswerte gegenüber Vorjahr



¹⁾ Prüfkativitäten zum Arbeitsvermittlungstatus von Arbeitslosengeld-II-Berechtigten wirkten sich im zweiten Quartal 2019 erhöhend auf die Arbeitslosenzahlen aus.

Anmerkung zu den Prognoseintervallen: Zu jedem Zeitpunkt wird der realisierte Wert mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 zwischen 45,34 Mio. und 45,62 Mio. Personen liegen. Also wird beispielsweise die Erwerbstätigkeit im Juni 2022 mit einer Wahrscheinlichkeit von 2/3 zwischen 45,34 Mio. und 45,62 Mio. Personen liegen.

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand März 2022. © IAB

tig waren Stützungsmaßnahmen wie die Kurzarbeit. Die vierte Corona-Welle (Delta-Variante) und die aktuell vorherrschenden Omikron-Varianten (fünfte Welle) haben die Aussichten am Arbeitsmarkt zwar getrübt, aber er blieb stabil.

Wir erwarten, dass die grundsätzliche Stabilität dem Arbeitsmarkt unter den oben genannten Annahmen auch bei der Verarbeitung des wirtschaftlichen Schocks infolge des Ukraine-Kriegs zugutekommt. Seit der Weltfinanzkrise im Jahr 2009 reagiert die Erwerbstätigkeit in Deutschland wesentlich robuster auf konjunkturelle Schwankungen als in den Zeiten davor (Klinger/Weber 2020). Angesichts der gestiegenen Arbeitskräfteknappheit versuchen viele Betriebe, ihre Beschäftigten auch

in konjunkturellen Schwächephase zu halten. Ein solches Horten von Arbeitskräften tritt üblicherweise gerade bei vorübergehenden und externen Schocks auf, wie die Corona-Krise in großen Teilen beispielhaft zeigt. Die Minijobs gingen allerdings stark zurück, da hier – ohne Anspruch auf Kurzarbeitergeld – ein Horten von Arbeitskräften weniger praktiziert wird. Zu einem „Big Quit“ am Arbeitsmarkt wie in den USA, wo Kündigungen und Arbeitsplatzwechsel stark zugenommen haben, kam es in Deutschland bislang nicht (Röttger/Weber 2021). Doch anders als die Entlassungszahlen, haben sich die Neueinstellungen lange nicht vollständig normalisiert. Entsprechend liegt die Langzeitarbeitslosigkeit trotz leichter Rückgänge

T1

Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt 2015 bis 2022

		2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Prognose 2022
A. Die Nachfrage nach Arbeitskräften									
Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt									
Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 1,5	+ 2,2	+ 2,7	+ 1,1	+ 1,1	- 4,6	+ 2,9	+ 1,5
Stundenproduktivität									
Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 0,5	+ 1,4	+ 1,8	+ 0,0	+ 0,4	+ 0,4	+ 0,9	+ 0,1
Arbeitsvolumen									
Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,1	+ 0,7	- 4,9	+ 1,9	+ 1,5
Durchschnittliche Jahresarbeitszeit									
Veränderung gegenüber Vorjahr in %		+ 0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 4,1	+ 1,9	+ 0,3
Erwerbstätige	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 0,9	+ 1,2	+ 1,4	+ 1,4	+ 0,9	- 0,8	+ 0,0	+ 1,1
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 401	+ 539	+ 590	+ 607	+ 410	- 370	+ 22	+ 511
	Jahresdurchschnitte in 1.000	43.122	43.661	44.251	44.858	45.268	44.898	44.920	45.431
	davon: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in 1.000	30.823	31.508	32.234	32.964	33.518	33.579	33.900	34.421
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 626	+ 685	+ 726	+ 730	+ 554	+ 61	+ 321	+ 520
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	+ 2,1	+ 2,2	+ 2,3	+ 2,3	+ 1,7	+ 0,2	+ 1,0	+ 1,5
B. Das Angebot an Arbeitskräften									
Erwerbspersonenpotenzial¹⁾ Jahresdurchschnitte in 1.000		46.135	46.469	46.934	47.312	47.535	47.511	47.404	47.553
Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000		+ 314	+ 334	+ 465	+ 378	+ 223	- 24	- 107	+ 149
C. Die Arbeitsmarktbilanz									
Arbeitslose	Jahresdurchschnitte in 1.000	2.795	2.691	2.533	2.340	2.267	2.695	2.613	2.262
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 104	- 104	- 158	- 193	- 73	+ 429	- 82	- 352
	Arbeitslosenquoten (in % aller zivilen Erwerbspersonen)	6,4	6,1	5,7	5,2	5,0	5,9	5,7	4,9
	davon: SGB III in 1.000	859	822	855	802	827	1.137	999	775
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 75	- 37	+ 34	- 54	+ 25	+ 310	- 138	- 223
	SGB II in 1.000	1.936	1.869	1.677	1.538	1.440	1.559	1.615	1.487
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 29	- 67	- 192	- 139	- 98	+ 119	+ 56	- 128
	Anteil SGB II in %	69,3	69,5	66,2	65,7	63,5	57,8	61,8	65,7
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %-Punkten	+ 1,5	+ 0,2	- 3,2	- 0,5	- 2,2	- 5,7	+ 4,0	+ 3,9
Stille Reserve	Jahresdurchschnitte in 1.000	1.063	1.034	1.062	986	893	949	978	877
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 53	- 29	+ 28	- 76	- 93	+ 56	+ 29	- 101
	davon: Stille Reserve im engeren Sinn in 1.000	404	288	219	183	109	277	340	215
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	+ 65	- 116	- 69	- 36	- 74	+ 168	+ 63	- 125
	Stille Reserve in Maßnahmen in 1.000	659	746	843	803	784	672	638	662
	Veränderung gegenüber Vorjahr in 1.000	- 13	+ 87	+ 97	- 40	- 19	- 112	- 34	+ 24

Abweichungen zu den Summen kommen durch Rundung zustande.

¹⁾ Das Erwerbspersonenpotenzial setzt sich zusammen aus Erwerbstätigen, Erwerbslosen nach ILO und Stiller Reserve (inkl. arbeitssuchender Nichterwerbspersonen).

Quelle: Destatis, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Berechnungen des IAB; Stand März 2022. © IAB

seit einem knappen Jahr noch deutlich über Vorkrisenstand. Bleiben wird die Herausforderung eines strukturellen Wandels in Bereichen wie der Automobilindustrie, im Einzelhandel und Verkehr. Mit der sich speziell seit Sommer 2021 erholenden Nachfrage nach Arbeitskräften wurden Engpässe am Arbeitsmarkt wieder relevanter als zu Krisenzeiten; der [Arbeitskräfteknappheits-Index](#) vor Ausbruch des Ukraine-Kriegs liegt sogar bereits über Vorkrisenniveau, wie auch das gesamtwirtschaftliche Stellenangebot.

Die Analyseergebnisse von Hummel et al. (2022) zeigen, dass die Lieferengpässe die Entlassungen und Einstellungen beeinflusst und vor allem die Kurzarbeit erhöht haben. Wenn sich die Lage entspannt, wäre also mit einem deutlichen Rückgang der Kurzarbeit und einem moderaten Effekt auf die Senkung der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Umgekehrt ist mit einem stärkeren Einsatz von Kurzarbeit zu rechnen, wenn sich Lieferengpässe infolge des Ukraine-Kriegs verschärfen oder Produktion wegen hoher Energiekosten zurückgefahren wird. Daneben ist der Arbeitsmarkt von den wirtschaftlichen Folgen des Kriegs und der Sanktionen durch eine Abschwächung des Exports und des Konsums betroffen. Diesbezüglich erwarten wir angesichts der stabilen Verfassung des Arbeitsmarkts keine gravierenden Folgen (Gartner/Weber 2022), aber eine Dämpfung der Arbeitskräftenachfrage. Wahrscheinlich ist dabei, dass sich besonders betroffene Wirtschaftszweige bei Einstellungen zurückhalten und weniger Zeitarbeit einsetzen.

Das Arbeitskräfteangebot kann sich durch Fluchtmigration aus der Ukraine erhöhen. Da der Umfang derzeit noch unsicher ist, nehmen wir an, dass in diesem Jahr im Saldo 600.000 Personen zusätzlich zuziehen. Arbeitsmarktrelevanz wäre aber nur zu erwarten, falls der Fortgang der Ereignisse in der Ukraine dafür spricht, dass die Menschen länger in Deutschland bleiben werden. Die Auswirkungen sind deshalb in der Hauptprognose nicht enthalten, sondern werden im Text zusätzlich genannt und können zur Hauptprognose hinzugerechnet werden: Zunächst würde die Arbeitslosenzahl (im SGB III) höher ausfallen (zusätzlich 50.000 im Jahresdurchschnitt 2022), aber grundsätzlich besteht ein großer Arbeitskräftebedarf und damit Potenzial für Beschäftigungszuwächse. Im Jahresdurchschnitt würde die Zunahme mit +10.000 Erwerbs-

tätigen noch nicht stark zu Buche schlagen. Die Modellierung ist im Abschnitt zum Erwerbspersonenpotenzial beschrieben.

Der gesetzliche Mindestlohn soll zum 1.10.2022 auf 12 Euro pro Stunde und damit gegenüber Ende 2021 um 25 Prozent steigen. Davon könnten sechs bis sieben Millionen Personen betroffen sein, vor allem in den Bereichen Verkauf, Reinigung, Gastronomie, Lagerei, Gütertransport, Gesundheit und Pflege (Pusch 2021), und besonders die geringfügige Beschäftigung. Die Abschätzung des Effekts des Mindestlohns auf die Beschäftigung ist mit großer Unsicherheit behaftet. Negative Beschäftigungseffekte eines Mindestlohns können geringer ausfallen, wenn die Marktmacht der Arbeitgeber die Löhne bisher nach unten verzerrt hat. Empirisch ist nicht sicher, ob diese Marktmacht nicht schon durch den bisherigen Mindestlohn adäquat ausgeglichen wurde. Schließlich kann sich ein höherer Mindestlohn in verschiedener Hinsicht positiv auswirken, zum Beispiel auf Arbeitskräfteangebot und Konsumnachfrage.

Der Anstieg der Lohnsumme dürfte 2022 höher liegen als bei der Mindestlohn-Einführung 2015. Während Bossler/Gerner (2020) damals einen Beschäftigungseffekt von -60.000 Personen schätzten, wäre jetzt ein stärkerer Rückgang zu erwarten. Auf Basis von strukturellen Modellen werden oft recht große Beschäftigungseffekte simuliert. Zudem sind viele Firmen im Niedriglohnbereich durch die Corona-Krise finanziell belastet. Andererseits sind Arbeitskräfte noch knapper geworden als 2015, auch in Helferbereichen wie z.B. im Gastgewerbe. Das verbessert die Chancen, dass Jobs gehalten werden, beziehungsweise dass Personen nach Jobverlust schnell wieder Arbeit bei anderen eventuell produktiveren Arbeitgebern finden (Dustmann et al. 2022). Auch kann die hohe Inflation einen negativen Beschäftigungseffekt verringern. Der aktuellen Prognose liegt zugrunde, dass sich der dämpfende Effekt auf die Erwerbstätigkeit – überwiegend bei geringfügiger Beschäftigung – im niedrigen sechsstelligen Bereich bewegt. Die Arbeitslosigkeitsentwicklung wäre deutlich weniger betroffen, da sich etwa Minijobber oder Personen im Rentenalter kaum arbeitslos melden würden.

Für das Prognosejahr 2022 rechnen wir im Zuge des Aufholens nach dem Lockdown grundsätzlich

mit einer weiteren Erholung des Arbeitsmarkts (vgl. Abbildung A1). Die Folgen des Ukraine-Kriegs dämpfen diese Entwicklung aber. In der Prognose erreicht die Erwerbstätigkeit das Vorkrisenniveau im zweiten Quartal 2022. Im Jahresdurchschnitt liegt die Zahl der Erwerbstätigen – auch aufgrund der sehr günstigen Ausgangsposition mit einem großen statistischen Überhang aus 2021 – um 510.000 Personen über dem Vorjahr (Prognoseintervall ± 130.000). Die Zahl der Arbeitslosen wird bei ebenfalls günstiger Ausgangsposition 2022 um 350.000 Personen (Prognoseintervall ± 90.000) sinken. Große Unsicherheiten bestehen aber vor allem zum Fortgang der Ereignisse im Ukraine-Krieg.

Mindestlohneffekte überwiegend bei Minijobbern sichtbar

Der Ukraine-Krieg, die Pandemie sowie der Anstieg des Mindestlohns wirken sich auch auf die Entwicklung der Erwerbsformen aus. Im Jahr 2021 waren drei Viertel der Erwerbstätigen oder 33,90 Millionen Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt. Ihre Zahl ist seit zwölf Jahren überproportional gestiegen. Im ersten Corona-Jahr war der Aufwärtstrend nur kurzzeitig gestoppt, seit Juni 2020 ist wieder eine Aufwärtsbewegung zu verzeichnen. Für 2022 erwarten wir einen Zuwachs von 520.000 auf jahresdurchschnittlich 34,42 Millionen Personen. Damit wird ein neuer Rekordstand erreicht. Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Teilzeitbeschäftigten überspringt im Jahresschnitt 2022 zum ersten Mal die 10-Millionen-Marke.

Gut 10 Prozent der Erwerbstätigen oder 4,68 Millionen Personen gehörten 2021 zur Gruppe der marginal Beschäftigten. Anders als die Finanzkrise 2009 traf die Corona-Krise diesmal auch sie, wodurch der bereits rückläufige Trend verstärkt wurde. Wiederholte Corona-Wellen unterbrachen insbesondere in den Wintermonaten der vergangenen beiden Jahre jeweils einsetzende Erholungen. Für das zweite und dritte Quartal 2022 zeichnet sich mit dem vorläufigen Ende der Beschränkungen wieder ein Aufholprozess ab. Die Erhöhung des Mindestlohns unterbricht diese Entwicklung im vierten Quartal allerdings. Der größte Teil der daraus resultierenden Jobverluste dürfte auf die Minijobber entfallen, auch wenn diesmal die Verdienstgrenze für diese Gruppe mit angehoben wird.

Insgesamt erwarten wir für die Minijobber im Jahresdurchschnitt 2022 ein Plus von gut 10.000 auf dann 4,69 Millionen Personen.

Knapp 9 Prozent der Erwerbstätigen oder 3,93 Millionen Personen waren im Jahr 2021 Selbstständige oder mithelfende Familienangehörige. Ihre Zahl ist seit zehn Jahren rückläufig, die Selbstständigkeit scheint zunehmend an Attraktivität einzubüßen. Die Pandemie hat auch diesen Trend verstärkt. Für 2022 erwarten wir einen weiteren Rückgang von 30.000 auf 3,90 Millionen Selbstständige, womit der tiefste Stand seit 1996 erreicht wird.

Knapp 5 Prozent der Erwerbstätigen zählten im Jahr 2021 zur Gruppe der Beamten. Für dieses Jahr erwarten wir einen minimalen Zuwachs in ähnlicher Größenordnung wie im Vorjahr auf jahresdurchschnittlich knapp 2,06 Millionen Personen.

Materialmangel bremst Produzierendes Gewerbe

Von der Corona-Krise waren nicht alle Wirtschaftsbereiche gleichermaßen betroffen (vgl. Tabelle T2, Seite 7). Zwar ging die Zahl der abhängig Beschäftigten im zweiten Quartal 2020 in allen Bereichen zurück. Allerdings erlebten die Wirtschaftsbereiche Handel, Verkehr, Gastgewerbe sowie die Sonstigen Dienstleister besonders starke Beschäftigungseinbrüche. Beide Bereiche verloren nach einer kurzen Erholungsphase im dritten Quartal 2020 im Verlauf des zweiten Lockdowns weiter an Beschäftigung. Der Mitte 2021 gestartete Aufholprozess wurde infolge der vierten und fünften Corona-Welle zwar etwas gebremst, dennoch erwarten wir beim Handel, Verkehr, Gastgewerbe einen deutlichen Beschäftigungszuwachs von 190.000 Personen. Bei den Sonstigen Dienstleistungen – alle Dienstleistungen, die rund um Sport, kulturelle Veranstaltungen und Erholung verortet sind – rechnen wir in diesem Jahr mit einem Plus von 30.000 Beschäftigten.

Im Produzierenden Gewerbe begann der Stellenabbau bereits Mitte 2019 und beschleunigte sich noch einmal im zweiten Quartal 2020. Dieser Beschäftigungsabbau konnte erst im zweiten Quartal 2021 gestoppt werden. Seitdem stagniert die Beschäftigung. Neben den Folgen der Pandemie dürften hinter dieser Entwicklung gleichzeitig stattfindende Transformationsprozesse sowie zu-

nehmende Lieferengpässe bei den Vorleistungen stehen. Da in der aktuellen Situation weiterhin mit Materialmangel und zudem infolge des Ukraine-Kriegs mit einer geringeren Exportnachfrage zu rechnen sein dürfte, erwarten wir 2022 für das Produzierende Gewerbe ein Minus von 10.000 Personen.

Abgesehen vom zweiten Quartal 2020 (Pandemie) und dem dritten Quartal 2021 (Materialmangel) steigt die Beschäftigung im Bau seit 2015 kontinuierlich an. Daher gehen wir für 2022 von einer moderat steigenden Beschäftigung in Höhe von +20.000 Personen aus. Diese Entwicklung ist im Spannungsfeld hoher Nachfrage nach Wohnraum, dem großen Bedarf an erneuerbaren Energien und weiter zunehmenden Fachkräfteeengpässen zu sehen.

Den höchsten Beschäftigungsgewinn 2022 wird der Wirtschaftsbereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit mit +200.000 Beschäftigten erzielen. Dies liegt hauptsächlich am Ausbau der Kindertagesbetreuung und an der Alterung der Gesellschaft. Aber auch die weitere Ausbreitung des Corona-Virus führt dazu, dass die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen steigt.

In der Branche Information und Kommunikation erwarten wir für 2022 einen Anstieg von 50.000 Beschäftigten – bezogen auf die Größe die mit Abstand höchste Zunahme. Hinter der positiven Beschäftigungsentwicklung steht der Trend, Produktions- und Dienstleistungsprozesse noch mehr zu vernetzen und zu digitalisieren.

Die Entwicklung bei den Unternehmensdienstleistern (einschließlich Arbeitnehmerüberlassung) hängt zwar eng mit der im Produzierenden Gewerbe zusammen. Allerdings konnte hier der coronabedingte Beschäftigungsabbau bereits im dritten Quartal 2020 gestoppt werden. Seitdem verzeichnete dieser Bereich einen moderaten Stellenzuwachs. Wir rechnen mit einer Fortsetzung dieser Entwicklung. Für 2022 ergibt sich damit ein Plus von 50.000 Beschäftigten.

Arbeitslosigkeit im SGB-III-Bereich sinkt im Jahresdurchschnitt stärker

Arbeitslose werden in Deutschland entweder im System der Arbeitslosenversicherung nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) III oder in der Grundversicherung nach dem SGB II erfasst. Das Versicherungssystem umfasst vor allem Personen, die ihre Beschäftigung erst kürzlich verloren haben; sie sind im Durchschnitt formal besser qualifiziert als SGB-II-Arbeitslose und finden leichter eine neue Stelle. Arbeitslose im SGB-III-Bereich stehen dem Arbeitsmarkt näher, weshalb sich konjunkturelle Schwankungen stärker und schneller in der Arbeitslosenversicherung auswirken.

Im Jahresverlauf 2021 ist die SGB-III-Arbeitslosigkeit kräftig gesunken: Im Jahresdurchschnitt gab es 140.000 SGB-III-Arbeitslose weniger als im Vorjahr und zum Jahresende lagen die Zahlen so-

T2

Zahl der Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen, 2017 bis 2022

Jahresdurchschnittlicher Bestand 2017; Veränderungen gegenüber dem Vorjahr absolut und in Prozent

	2017	2018		2019		2020		2021		Prognose 2022	
	Bestand	Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr		Differenz zum Vorjahr	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %
Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	351	3	0,93	3	0,99	- 1	- 0,14	1	0,21	6	1,69
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	7.915	144	1,81	62	0,77	- 177	- 2,18	- 89	- 1,12	- 10	- 0,12
Baugewerbe	1.996	45	2,27	40	1,97	43	2,04	38	1,78	24	1,12
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	9.114	157	1,72	84	0,91	- 172	- 1,84	- 103	- 1,12	194	2,14
Information und Kommunikation	1.142	46	4,01	55	4,65	26	2,11	37	2,92	53	4,02
Erbringung von Finanz- und Versicherungsleistungen	991	- 18	- 1,82	- 10	- 0,98	- 5	- 0,47	0	0,03	- 3	- 0,33
Grundstücks- und Wohnungswesen	418	4	0,96	5	1,30	1	0,29	4	0,87	6	1,29
Unternehmensdienstleister	5.259	84	1,59	5	0,10	- 107	- 2,00	31	0,60	46	0,87
Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit	10.252	181	1,76	197	1,89	173	1,62	241	2,23	198	1,80
Sonstige Dienstleister	2.541	12	0,45	39	1,52	- 39	- 1,51	- 29	- 1,15	27	1,08
Gesamt	39.978	657	1,64	482	1,19	- 257	- 0,63	131	0,32	541	1,32

Quelle: Destatis, eigene Berechnungen; Stand März 2022. © IAB



Dr. Hermann Gartner
hermann.gartner@iab.de



Timon Hellwagner
timon.hellwagner@iab.de



Markus Hummel
markus.hummel@iab.de



Dr. Christian Hutter
christian.hutter@iab.de



Susanne Wanger
susanne.wanger@iab.de



Prof. Dr. Enzo Weber
enzo.weber@iab.de



Dr. Gerd Zika
gerd.zika@iab.de

gar unter dem Vorkrisenniveau. Im SGB-II-Bereich dagegen ist die Arbeitslosigkeit bis Mai 2021 saisonbereinigt noch angestiegen. Ein Grund dafür war, dass Arbeitslose, die zu Beginn der Corona-Krise in den SGB-III-Bereich kamen und seitdem keine Beschäftigung fanden, in den SGB-II-Bereich gewechselt sind. Seit Juni ist die Arbeitslosigkeit hier wieder gesunken. Dennoch gab es 2021 im Jahresdurchschnitt 60.000 mehr SGB-II-Arbeitslose als im Vorjahr.

In den ersten Monaten 2022 setzt sich die gute Entwicklung der SGB-III-Arbeitslosigkeit fort, aber sie verlangsamt sich im weiteren Verlauf: Sie wird 2022 im Jahresdurchschnitt gegenüber 2021 um voraussichtlich 220.000 Personen auf 780.000 sinken (vgl. Tabelle T1). Dieser Rückgang im Jahresvergleich liegt auch daran, dass die Arbeitslosigkeit in diesem Rechtskreis mit einem besonders deutlichen statistischen Unterhang in das Jahr gestartet ist. Aufgrund des Ukraine-Kriegs Geflohene, die sich arbeitslos melden, werden im SGB-III-Bereich erfasst und sind bei diesen Zahlen nicht berücksichtigt. Die SGB-II-Arbeitslosigkeit erholt sich im Jahresverlauf langsamer und sinkt im Jahresdurchschnitt 2022 um 130.000 Personen auf 1,49 Millionen.

Der Einsatz von Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wirkt sich auf die Entwicklung der Arbeitslosigkeit aus, da die Teilnehmenden nicht arbeitslos sind, sondern erwerbstätig oder zur Stillen Reserve zählen. In den beiden Vorjahren wurde der Maßnahmeneinsatz aufgrund der Kontaktbeschränkungen zurückgefahren, wovon vor allem der SGB-II-Bereich betroffen war. Wenn in diesem Jahr wieder mehr Maßnahmen stattfinden, nehmen daran wiederum überwiegend Arbeitslose aus dem SGB-II-Bereich teil, was entsprechend stärker zu ihrem Rückgang der Arbeitslosigkeit beiträgt als im SGB-III-Bereich.

Die Autorin und Autoren sind Mitarbeitende des Forschungsbereichs „Prognosen und gesamtwirtschaftliche Analysen“ im IAB. Prof. Dr. Enzo Weber ist Leiter dieses Forschungsbereichs.

Stille Reserve in Maßnahmen und Erwerbspersonenpotenzial steigen wieder

Für die gesamte Stille Reserve erwarten wir in diesem Jahr einen Rückgang um 100.000 auf dann 880.000 Personen im Jahresdurchschnitt.

Zur Stillen Reserve im engeren Sinn zählen insbesondere Personen, die im Moment nicht aktiv nach einer Arbeitsstelle suchen, aber bei besserer Arbeitsmarktlage eine Arbeit aufnehmen würden. Nach einem Anstieg um 60.000 im Jahr 2021 nimmt die Stille Reserve im engeren Sinn aufgrund der sich insgesamt verbessernden Arbeitsmarktentwicklung im Jahresdurchschnitt 2022 um 130.000 Personen ab.

Die Stille Reserve in Maßnahmen umfasst Teilnehmende an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, die aber nicht – wie beispielsweise Beschäftigte mit Ein-Euro-Jobs oder im sozialen Arbeitsmarkt – erwerbstätig sind. Vor allem bei Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Weiterbildung erwarten wir im Prognosezeitraum aufgrund der Lockerungen der Kontaktbeschränkungen sowie der im Koalitionsvertrag der neuen Regierung formulierten Schwerpunktsetzung wieder einen Anstieg. Außerdem ist davon auszugehen, dass die Zahl der Personen in Sprach- und Integrationskursen wieder zunimmt. Die verstärkte Zuwanderung von Flüchtlingen infolge des Ukraine-Kriegs wird sich hier zusätzlich erhöhend auswirken. Insgesamt gehen wir davon aus, dass 2022 der Jahresdurchschnitt der Stillen Reserve in Maßnahmen 660.000 Personen beträgt.

In den eineinhalb Jahren nach Ausbruch der Pandemie haben sowohl Zuzüge nach als auch Fortzüge aus Deutschland merklich abgenommen. Im Jahr 2020 lag der Wanderungssaldo bei 220.000 Personen. Den bis November 2021 vorliegenden Zahlen der Wanderungsstatistik des Statistischen Bundesamtes zufolge sind die Zuzüge in der zweiten Hälfte des Vorjahres allerdings wieder gestiegen, wodurch der Saldo für 2021 bei knapp 300.000 Personen liegen und somit wieder das Niveau von 2019 erreichen dürfte. Für dieses Jahr gehen wir – ohne Fluchtmigration aus der Ukraine – von einem vergleichbaren Umfang aus. Damit ist zu erwarten, dass das Erwerbspersonenpotenzial im Jahresschnitt 2022 durch den Wanderungseffekt (inkl. Pendler) um 280.000 Personen wächst. Dieser

Effekt würde unter Berücksichtigung der zusätzlichen Fluchtmigration aus der Ukraine 380.000 Personen betragen.

Die Erwerbsbeteiligung war nach Beginn der Pandemie deutlich eingebrochen (Fuchs/Weber/Weber 2020). Der damit einhergehende Rückzug vom Arbeitsmarkt war aber wohl oft nur temporär und die Erwerbsquoten dürften in diesem Jahr wieder zulegen. Für das Jahr 2022 ist daher ein Verhaltenseffekt von +260.000 Erwerbspersonen zu erwarten.

Den Zuwächsen des Erwerbspersonenpotenzials durch Migration und gestiegener Beteiligung steht die zunehmende demografische Alterung gegenüber. Im Jahr 2022 wird das Erwerbspersonenpotenzial durch den demografischen Effekt – isoliert betrachtet – um 390.000 Personen zurückgehen.

Nach sinkendem Erwerbspersonenpotenzial in den Jahren 2020 und 2021 lässt das Zusammenspiel aller Komponenten (ohne Fluchtmigration aus der Ukraine) für den Jahresdurchschnitt 2022 einen Anstieg um 150.000 auf 47,55 Millionen Personen erwarten.

Im Falle des geschilderten Arbeitsmarkteintritts der Geflüchteten aus der Ukraine gehen wir von einer Erhöhung um insgesamt 250.000 auf 47,65 Millionen Personen aus. Dieses Ergebnis und die Effekte auf Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit wie oben geschildert beruhen auf einer monatsgenauen Verlaufsmodellierung. Aufgrund Berücksichtigung erwartbarer demografischer Charakteristika der Geflüchteten wird der Anteil der erwerbsfähigen Bevölkerung auf 45 Prozent geschätzt. Nach einem um zwei Monate verzögerten Arbeitsmarkteintritt rechnen wir mit 60 Prozent Erwerbsbeteiligung, von diesen 90 Prozent viermonatige Beteiligung an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen beziehungsweise Kursen, 5 Prozent Abgangsrate aus Arbeitslosigkeit in Beschäftigung sowie geringfügiger Beschäftigung in Höhe von 40 Prozent der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten.

Diese Schätzungen sind mit erheblichen Unsicherheiten behaftet, beruhen aber auf historischen Vergleichen. So erhielten in den 1990er Jahren aus Bosnien nach Österreich Geflüchtete einen temporären Schutzstatus, allerdings ohne sofortigen Arbeitsmarktzugang. Die österreichischen Zahlen legen eine ähnliche Erwerbsbeteiligung nach Einreise wie zuvor im Herkunftsland nahe (Angrist/Kugler 2003; World Bank 1993). Im Jahr 2019 lag die

Erwerbsbeteiligung in der Ukraine im Vergleich zu Deutschland insgesamt niedriger, allerdings bei Männern auf vergleichbarem und bei Frauen auf höherem Niveau als unter der ausländischen Bevölkerung in Deutschland (ILO 2022; StBA 2020). Von den in den 1990er Jahren nach Österreich Geflüchteten mit temporären Schutzstatus verblieben nach Beendigung der Kampfhandlungen rund zwei Drittel im Land (Krause/Liebig 2011). Insofern hängen die genannten Effekte auf Erwerbspersonenpotenzial, Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit nicht nur vom Ausmaß der Zuwanderung, sondern auch von der schwer abschätzbaren Aufenthaltsdauer ab.

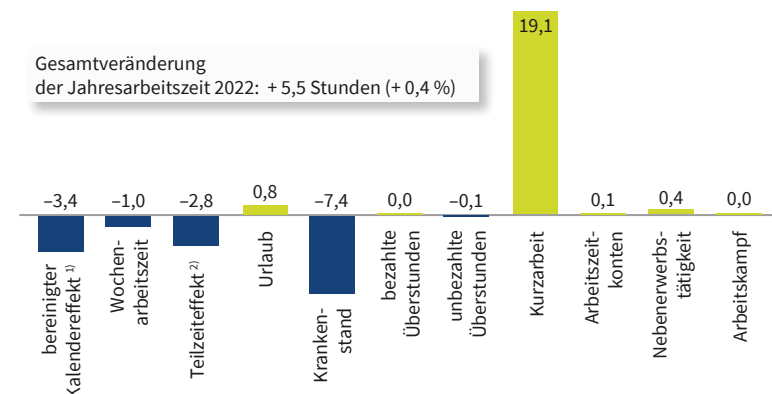
Vorkrisenstand wird bei den Arbeitsstunden noch nicht wieder erreicht

Die coronabedingten Einbrüche bei der Arbeitszeit können 2022 nicht aufgeholt werden. Angesichts der Folgen des Ukraine-Kriegs rechnen wir für das laufende Jahr insgesamt mit einer gedämpften Zunahme um 0,4 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Mit 1.311 Stunden liegt die durchschnittliche Arbeitszeit der Beschäftigten im Jahr 2022 dann noch 1,3 Prozent unter dem Stand von vor der Pandemie. Dabei sind die Beiträge der einzelnen Arbeitszeitkomponenten zur Veränderung der Jahresarbeitszeit sehr unterschiedlich (vgl. Abbildung A2, Seite 10).

In diesem Jahr stehen weniger Arbeitstage als im Vorjahr zur Verfügung, das führt zu einem negativen Kalendereffekt. Die tarifliche beziehungsweise betriebsübliche Wochenarbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten liegt gleichauf mit dem Stand des Vorjahres (vgl. Tabelle T3, Seite 11). Bei den Teilzeitbeschäftigten erwarten wir ein leichtes Absinken der Wochenarbeitszeit. Hier dürfte die Erhöhung des Mindestlohns trotz der Anhebung der Minijob-Verdienstgrenze auf 520 Euro dazu führen, dass ein Teil der Minijobber die Arbeitszeit reduzieren wird. Konnten Ende 2021 unter den geltenden Regelungen maximal fast 11 Wochenstunden in einem Minijob gearbeitet werden, sind Ende 2022 noch 10 Stunden möglich. Zwar gibt es auch Potenzial für Arbeitszeiterhöhungen bei Minijobbern, deren Verdienst bereits auf Höhe des Mindestlohns liegt, insgesamt betrifft dies jedoch nur jeden fünften Minijobber (Pusch 2021). Aufgrund des wieder steigenden Teilzeitanteils reduziert sich die durch-

Beitrag der einzelnen Komponenten zur Entwicklung der Arbeitszeit der Beschäftigten im Jahr 2022

Effekt auf die Veränderung der Jahresarbeitszeit in Stunden



Anmerkung: Nicht jeder Komponentenbeitrag kann direkt aus der Tabelle T3 abgeleitet werden.

¹⁾ Arbeitstageeffekt plus Ausgleich für Kalendereinflüsse.

²⁾ Wirkung einer Veränderung der Beschäftigtenstruktur auf die Arbeitszeit.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand März 2022. © IAB

schnittliche Wochenarbeitszeit aller Voll- und Teilzeitbeschäftigten auf 30,3 Stunden.

Die Ansprüche auf tarifvertraglichen Regelurlaub liegen unverändert bei 29,6 Tagen. Die sonstigen Freistellungen – das sind unter anderem Arbeitsausfälle von Beschäftigten, denen es zum Beispiel aufgrund von Quarantänemaßnahmen nicht möglich ist, ihrer Arbeit regulär nachzugehen (Wanger/Weber 2022) – dürften sich auf dem Niveau des Vorjahres bewegen. Mit den Lockerungen kann ein großer Teil der Betriebe in kontaktintensiven Branchen die Auslastung wieder steigern, wodurch die Zahl der Kurzarbeitenden im Laufe des Jahres kräftig sinkt. Jedoch sind in einigen besonders von der Corona-Krise betroffenen Branchen die Nachwirkungen der Eindämmungsmaßnahmen Ende dieses Jahres noch nicht vollständig überwunden. In der Industrie machen sich aktuell Liefer- und Materialengpässe aufgrund des Kriegs in der Ukraine bemerkbar, die in Teilen des Verarbeitenden Gewerbes wieder zu mehr Kurzarbeit führen (Hummel/Hutter/Weber 2022). Die Zahl der konjunkturell Kurzarbeitenden wird im Durchschnitt des Jahres 2022 auf 590.000 Personen sinken. Zusammen mit der Saison- und Transferkurzarbeit erwarten wir rund 690.000 Kurzarbeitende im laufenden Jahr.

Bei den Arbeitszeitkomponenten Überstunden und Saldenbewegungen auf Arbeitszeitkonten gibt es in der Summe in diesem Jahr nur wenig Veränderung. Die bezahlten Überstunden bleiben auf dem

Stand des Vorjahres, die unbezahlten Überstunden sinken um 0,1 Überstunden je Beschäftigten. Die Arbeitszeitkonten werden ab dem zweiten Halbjahr 2022 wieder gefüllt, im Jahresdurchschnitt ergibt sich ein Aufbau von 0,1 Stunden. Beim Krankenstand sind aufgrund der Omikron-Welle im ersten Quartal sehr hohe Werte zu beobachten. Dies bewirkt einen im Jahresdurchschnitt 2022 höheren Krankenstand der Beschäftigten von 4,9 Prozent.

Die Zahl der Personen, die einer Nebenbeschäftigung nachgehen, hat im Sommer 2021 erstmals die 4-Millionen-Marke überschritten und steigt 2022 weiter dem langfristigen Trend folgend auf 4,21 Millionen. Die Anhebungen beim Mindestlohn dürften – analog zur Wirkung auf Minijobs – die Entwicklung der Nebenjobs etwas dämpfen.

Aus den Arbeitszeitkomponenten und dem Verhältnis von Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung bestimmt sich die Jahresarbeitszeit. Nachdem die Teilzeitquote in den Vorjahren gesunken war, steigt sie 2022 auf 38,7 Prozent (+0,3 %-Punkte). Die Arbeitszeit der Selbstständigen und mithelfenden Familienangehörigen liegt 2022 auf dem Niveau des Vorjahres. Die Arbeitszeit der Erwerbstätigen erhöht sich um 0,3 Prozent auf 1.354 Stunden, erreicht damit aber nicht den Stand vor der Pandemie. Auch das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen – das Produkt aus durchschnittlicher Arbeitszeit und Erwerbstätigenzahl – liegt mit 61,49 Milliarden Stunden (+1,5 %) im laufenden Jahr trotz steigender Erwerbstätigenzahlen und Arbeitszeiten noch 1,7 Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Bei einem BIP-Wachstum von 1,5 Prozent steigt die Stundenproduktivität um 0,1 Prozent (vgl. Tabelle T1). Die schwache Produktivitätsentwicklung resultiert aus geringerer Kapazitätsauslastung wegen Materialmangel und schwächerer gesamtwirtschaftlicher Nachfrage. Auf der anderen Seite wird vor allem in Branchen mit niedrigerer Stundenproduktivität Beschäftigung aufgebaut.

Fazit

Der deutsche Arbeitsmarkt ist insgesamt gut durch die vierte und fünfte Corona-Welle gekommen. Während die Zeichen auf Erholung standen, führt der Ukraine-Krieg zu einer erheblichen Belastung. Angesichts großer Unsicherheiten steht die Prognose unter der Annahme, dass der Ukraine-Krieg zu

Durchschnittliche Arbeitszeit und ihre Komponenten 2015 bis 2022

			2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	Prognose 2022
A. Beschäftigte Arbeitnehmer										
Personen	Beschäftigte Arbeitnehmer	1.000	38.717	39.320	39.978	40.635	41.117	40.860	40.991	41.532
	darunter: Vollzeit	1.000	24.001	24.271	24.606	24.988	25.235	25.145	25.258	25.454
	reguläre Teilzeit	1.000	9.216	9.621	10.009	10.364	10.681	10.861	11.056	11.387
	marginal Beschäftigte ¹⁾	1.000	5.500	5.428	5.363	5.282	5.201	4.854	4.677	4.691
	Teilzeitquote	%	38,0	38,3	38,5	38,5	38,6	38,5	38,4	38,7
	Mehrfachbeschäftigte ²⁾	1.000	3.409	3.551	3.693	3.851	3.996	3.910	4.051	4.211
Arbeitszeitkomponenten und -effekte	Kalendertage	Tage	365	366	365	365	365	366	365	365
	Samstage und Sonntage	Tage	104	105	105	104	104	104	104	105
	Feiertage	Tage	9,4	9,3	11,2	12,1	12,2	9,5	7,7	8,2
	Potenzielle Arbeitstage	Tage	251,6	251,7	248,8	248,9	248,8	252,5	253,3	251,8
	Wochenarbeitszeit: Vollzeit	Std.	38,20	38,17	38,19	38,18	38,18	38,19	38,20	38,20
	Teilzeit	Std.	16,87	17,10	17,37	17,44	17,59	17,82	17,86	17,83
	Wochenarbeitszeit (alle Beschäftigten)	Std.	30,1	30,1	30,2	30,2	30,2	30,4	30,4	30,3
	Tarifliche / betriebsübliche Arbeitszeit	Std.	1.514,1	1.515,7	1.501,9	1.503,1	1.504,1	1.533,1	1.539,7	1.526,7
	Urlaub und sonstige Freistellungen	Tage	31,0	31,0	31,0	31,0	31,0	32,3	32,0	32,0
	darunter tariflicher Regelurlaub	Tage	29,6	29,6	29,6	29,6	29,6	29,6	29,6	29,6
	Krankenstand der Personen	%	3,97	4,29	4,25	4,25	4,40	4,43	4,42	4,94
	Krankenstand in Arbeitstagen	Tage	10,0	10,8	10,6	10,6	10,9	11,2	11,2	12,4
	Krankenstand in Arbeitsstunden	Std.	60,1	65,1	63,8	63,9	66,1	68,0	68,0	75,4
	Effektive Arbeitstage ohne Urlaub und Krankenstand	Tage	210,7	209,9	207,2	207,3	206,9	209,0	210,1	207,4
	Bezahlte Überstunden je Arbeitnehmer	Std.	22,1	23,3	21,4	20,6	20,6	19,2	20,0	20,0
	Bezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	857	916	855	837	849	784	818	830
	Unbezahlte Überstunden je Arbeitnehmer	Std.	25,2	23,4	23,5	22,9	22,3	21,3	21,8	21,7
	Unbezahltes Überstundenvolumen	Mio. Std.	977	919	939	929	918	872	893	899
	Saldenveränderung Arbeitszeitkonten	Std.	- 0,1	+ 1,2	+ 2,3	+ 1,2	+ 1,6	- 3,6	- 0,5	- 0,5
	Kurzarbeiter	1.000	130	128	114	118	145	2.939	1.827	693
	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	%	40,9	39,7	43,6	39,8	38,1	40,3	47,3	43,9
	Arbeitsausfall je Kurzarbeiter	Std.	572,3	550,1	596,2	543,5	518,5	553,0	650,4	593,8
	Ausfallvolumen	Mio. Std.	74	70	68	64	75	1.625	1.188	411
	Kurzarbeitereffekt	Std.	1,9	1,8	1,7	1,6	1,8	39,8	29,0	9,9
	Ausfall durch Arbeitskampf	Std.	0,26	0,06	0,03	0,16	0,04	0,05	0,05	0,05
	Ausgleich für Kalendereinflüsse	Std.	- 3,1	- 3,5	+ 7,6	+ 7,3	+ 7,1	- 7,3	- 10,3	- 4,5
	Tatsächliche Jahresarbeitszeit	Arbeitszeit Voll- und Teilzeit	Std.	1.309,8	1.306,5	1.304,1	1.302,2	1.300,5	1.258,7	1.278,9
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,2	- 0,3	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 3,2	+ 1,6	+ 0,4
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	50.712	51.372	52.135	52.915	53.473	51.430	52.423	53.331
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,1	- 3,8	+ 1,9	+ 1,7
Arbeitszeit Vollzeit		Std.	1.658,6	1.652,4	1.645,8	1.642,2	1.637,8	1.576,7	1.602,5	1.613,5
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,1	- 0,4	- 0,4	- 0,2	- 0,3	- 3,7	+ 1,6	+ 0,7
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	39.807	40.107	40.498	41.035	41.328	39.647	40.477	41.070
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,9	+ 0,8	+ 1,0	+ 1,3	+ 0,7	- 4,1	+ 2,1	+ 1,5
Arbeitszeit Teilzeit		Std.	740,9	748,6	757,1	759,3	764,6	749,7	759,3	762,6
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 1,3	+ 1,0	+ 1,1	+ 0,3	+ 0,7	- 1,9	+ 1,3	+ 0,4
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	10.903	11.266	11.639	11.881	12.143	11.781	11.946	12.260
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 3,2	+ 3,3	+ 3,3	+ 2,1	+ 2,2	- 3,0	+ 1,4	+ 2,6
Arbeitszeit in Nebenjobs		Std.	306,1	303,6	293,2	289,5	288,6	268,7	270,0	266,6
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	1.043	1.078	1.083	1.115	1.153	1.051	1.094	1.123
Nebenerwerbstätigkeitseffekt		Std.	26,9	27,4	27,1	27,4	28,0	25,7	26,7	27,0
Arbeitszeit einschl. Nebenjobs		Std.	1.336,7	1.333,9	1.331,2	1.329,7	1.328,5	1.284,4	1.305,6	1.311,1
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 0,2	- 0,2	- 0,2	- 0,1	- 0,1	- 3,3	+ 1,7	+ 0,4
Arbeitsvolumen		Mio. Std.	51.754	52.451	53.219	54.030	54.624	52.479	53.517	54.453
Veränderung gegenüber Vorjahr		%	+ 1,4	+ 1,3	+ 1,5	+ 1,5	+ 1,1	- 3,9	+ 2,0	+ 1,8
Nachrichtlich: Arbeitstage-Effekt		%	+ 0,9	+ 0,0	- 1,2	+ 0,0	- 0,0	+ 1,5	+ 0,3	- 0,6
Tägliche Arbeitszeit		%	- 0,7	- 0,2	+ 1,0	- 0,1	- 0,1	- 4,8	+ 1,3	+ 1,0
B. Selbstständige und Mithelfende										
Personen	1.000	4.405	4.341	4.273	4.223	4.151	4.038	3.929	3.899	
Arbeitszeit	Std.	1.965,5	1.954,0	1.931,0	1.914,1	1.906,7	1.727,1	1.805,4	1.804,6	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 0,3	- 0,6	- 1,2	- 0,9	- 0,4	- 9,4	+ 4,5	- 0,0	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	8.658	8.482	8.251	8.083	7.915	6.974	7.093	7.036	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	- 1,6	- 2,0	- 2,7	- 2,0	- 2,1	- 11,9	+ 1,7	- 0,8	
C. Erwerbstätige										
Personen	1.000	43.122	43.661	44.251	44.858	45.268	44.898	44.920	45.431	
Arbeitszeit	Std.	1.401,0	1.395,6	1.389,1	1.384,7	1.381,5	1.324,2	1.349,3	1.353,5	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 0,0	- 0,4	- 0,5	- 0,3	- 0,2	- 4,1	+ 1,9	+ 0,3	
Arbeitsvolumen	Mio. Std.	60.412	60.933	61.471	62.113	62.539	59.454	60.610	61.490	
Veränderung gegenüber Vorjahr	%	+ 1,0	+ 0,9	+ 0,9	+ 1,0	+ 0,7	- 4,9	+ 1,9	+ 1,5	

¹⁾ Ausschließlich geringfügig entlohnte Beschäftigte, ausschließlich kurzfristig Beschäftigte und Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten, sogenannte Ein-Euro-Jobs, werden in der Erwerbstätigenrechnung der VGR unter den „marginal Beschäftigten“ zusammengefasst.

²⁾ Mehrfachbeschäftigte sind Personen, die zeitgleich in mehr als einem Beschäftigungsverhältnis stehen. Dies können z. B. Beschäftigte mit mindestens einer weiteren sozialversicherungsrechtlichen Beschäftigung bzw. geringfügigen Beschäftigung sein.

Quelle: IAB-Arbeitszeitrechnung; Stand März 2022. © IAB.

keiner noch umfassenderen Eskalation führt, aber auch nicht schnell beendet sein wird.

Aufgrund der stabilen Verfassung des Arbeitsmarkts erwarten wir aber kein Einknicken der Beschäftigung, die kurzfristig bei Bedarf durch Kurzarbeit stabilisiert werden dürfte. Letztere ist gerade bei vorübergehenden exogenen Schocks geeignet, die Zeit bis zu einem Neustart oder einer Neuausrichtung der wirtschaftlichen Tätigkeit zu überbrücken. Erleichterte Bedingungen zum Einsatz von Kurzarbeit bestehen derzeit ohnehin bis Jahresmitte 2022. Denkbar wäre, die bestehenden Corona-Wirtschaftshilfen vorübergehend auf besonders von Krieg und Sanktionen betroffene Betriebe auszuweiten. Da ein starker Aufschwung wegen des Kriegs zunächst ausbleibt, ist zudem vornehmliches Augenmerk darauf zu richten, eine weitere Verfestigung der während der Corona-Krise gestiegenen Langzeitarbeitslosigkeit zu vermeiden. Im Hinblick auf Fluchtmigration können Investitionen in Sprache und Qualifikation sowie eine Anerkennung von Berufsabschlüssen die Arbeitsmarktergebnisse stark verbessern (Bach et al. 2017; Brücker et al. 2022).

Durch die Forcierung des Ausbaus regenerativer Energien verschiebt sich der Fokus zunehmend auf Engpässe bei Arbeitskräften. Für die ökologische Transformation werden Fachkräfte gerade im technischen und handwerklichen Bereich benötigt. Zika et al. (2022) zeigen dies bereits für Ziele und Maßnahmen der Klima- und Wohnungsbaupolitik im Koalitionsvertrag. Auch vor dem Hintergrund des voranschreitenden demografischen Wandels wird Fachkräftegewinnung und -qualifizierung für die 2020er Jahre daher noch entscheidender.

Literatur

- Angrist J.D. and A.D. Kugler (2003): Protective or Counter-Productive? Labour Market Institutions and the Effect of Immigration on EU Natives. *The Economic Journal*, 113 (June), 302–331.
- Bach, S.; Brücker, H.; Deuverden, K. van; Haan, P.; Romiti, A.; Weber, E. (2017): [Fiskalische und gesamtwirtschaftliche](#)

[Effekte: Investitionen in die Integration der Flüchtlinge lohnen sich](#), IAB-Kurzbericht 2/2017.

- Bossler, M.; H.-D. Gerner (2020): Employment Effects of the New German Minimum Wage – Evidence from Establishment-level Micro Data, *Industrial and Labor Relations Review*, 73 (5), 1070–1094.
- Brücker, H.; Goßner, L.; Hauptmann, A.; Jaschke, P.; Kassam, K.; Kosyakova, Y.; Stepanok, I. (2022): [Die Folgen des Ukraine-Kriegs für Migration und Integration: Eine erste Einschätzung](#). IAB-Forschungsbericht 2/2022.
- Dustmann, C.; Lindner, A.; Schönberg, U.; Umkehrer, M.; vom Berge, P. (2022): Reallocation Effects of the Minimum Wage. *The Quarterly Journal of Economics*, 137, S. 267–328.
- Fuchs, J.; Weber, B.; Weber, E. (2020): [Rückzug vom Arbeitsmarkt? Das Angebot an Arbeitskräften sinkt seit Beginn der Corona-Krise stark](#) (Serie „Corona-Krise: Folgen für den Arbeitsmarkt“). In: IAB-Forum, 12.8.2020.
- Gartner, H.; Weber, E. (2022): [Bedeutung des Ukraine-Kriegs für Wirtschaft und Arbeitsmarkt in Deutschland](#). In: IAB-Forum, 2.3.2022.
- Hummel, M.; Hutter, C.; Weber, E. (2022): Wie Materialengpässe den Arbeitsmarkt treffen. *Wirtschaftsdienst*, 102, 4.
- ILO (2022): International Labour Organization Database (ILOSTAT) – Labour force participation rate by sex and age (%) – Annual. URL: www.ilo.org (8.3.2022).
- Klinger, S.; Weber, E. (2020): GDP-Employment Decoupling in Germany. *Structural Change and Economic Dynamics*, 52, S. 82–98.
- Krause, K.; Liebig, T. (2011): The Labour Market Integration of Immigrants and their Children in Austria. OECD Social, Employment and Migration Working Papers No. 127.
- Pusch, T. (2021): 12 Euro Mindestlohn – Deutliche Lohnsteigerungen vor allem bei nicht-tarifgebundenen Beschäftigten, WSI Policy-Brief, Nr. 62. 10/2021.
- Röttger, C.; Weber, E. (2021): Wo sind die Kellner:innen geblieben? Reallokationen am Arbeitsmarkt in der Coronakrise. *Ökonomenstimme*, 19.11.2021.
- StBA (2020): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung. Ergebnisse des Mikrozensus zum Arbeitsmarkt. 2019. Fachserie 1, Reihe 4.1.
- Wanger, S.; Weber, E. (2022): [Krankheits- und quarantänebedingte Arbeitsausfälle legen in der vierten und fünften Welle der Pandemie deutlich zu](#). In: IAB-Forum, 21.3.2021.
- Wolter, M.I.; Helmrich, R.; Maier, T.; Weber, E.; Zika, G.; Großmann, A.; Dreuw, P. (2022): Zeitenwende: Russischer Angriff auf die Ukraine. Herausforderungen für den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft – eine Sortierung. GWS Kurzmitteilung | Qube-Essay 2/2022.
- World Bank (1993): The Slovenian Labor Market in Transition: Issues and Lessons Learned. Policy Research Working Papers WPS 1162.
- Zika, G.; T. Maier; A. Mönnig; C. Schneemann; S. Steeg; E. Weber; M.I. Wolter; J. Krinitz (2022): [Die Folgen der neuen Klima- und Wohnungsbaupolitik des Koalitionsvertrags auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt](#). IAB-Forschungsbericht 3/2022.